

Wie sieht die Stadt wohl morgen aus?

Wie über einen Politiker gesprochen wird, ist vollkommen egal, Hauptsache der Name ist richtig geschrieben. Also: **Christian Gräff**. Mit ä und 2 f. Der CDU-Abgeordnete hat es in alle Medien geschafft und damit eine breite Debatte ausgelöst. Die Tageszeitungen warten heute mit umfangreichen Analysen auf, wie voll Berlin ist und noch werden kann und stellen Vergleiche zu anderen Metropolen her.



Foto: youtube

Ein Politiker muss sich stets dessen bewusst sein, was er sagt. Und Christian Gräff, den bislang nur für Wohnungsbau Interessierte kannten, kennt nun jeder. Was er auch künftig von sich geben wird, für lange Zeit bleibt sein Name verbunden mit dem Begriff „Zuzugsstopp.“ „Wir müssen denen, die hierherkommen, sagen: Macht euch keine falschen Erwartungen. Wir haben die Infrastruktur nicht. Ihr könnt hier nicht herziehen.“, sagte er live und, wie es schien, in vollem Bewusstsein seiner geistigen Kräfte.

Bevor wir auf diejenigen, vor allem aus den eigenen Reihen von Gräff, eingehen, die ihn am liebsten für seine Aussagen gekreuzigt hätten, überlegen wir doch mal, was der gemeine Berliner darüber denkt. In einer Spontanumfrage der Berliner Zeitung, die allerdings nicht repräsentativ ist, antworteten 33 Prozent auf die Frage, ob es einen Zuzugsstopp für Berlin geben sollte, mit „Ja, unbedingt! Berlin ist schon so voll und kann keine weiteren Zuzügler verkraften.“ 34 Prozent hingegen sagen: „Nein, wer nach Berlin kommen will, sollte das tun. Das bereichert die Stadt.“ Und 32 Prozent meinen: „Nein, Berlin muss aber eine bessere Infrastruktur und mehr Wohnungen schaffen, um den Strom an Zuzüglern bewältigen zu können.“ Das deckt sich mit der Kernbotschaft von Gräff. Christian Gräff sagt immer wieder, woran es in Berlin fehlt und mangelt. Besonders

wahrgenommen werden die Aussagen eines Oppositionspolitikers allerdings nicht. Nun aber.

Mit dem Reizwort „Zuzugsstopp“ gelang es Gräff, seine eigentliche Botschaft überall platzieren zu können, nämlich dem Senat vorzuwerfen, dass er zu wenig auf den Weg bringe. Also alles nur Taktik. Das weiß man bei Politikern ja nie. Wenn eine Strategie dahintersteckte, ist der Plan aufgegangen. Herzlichen Glückwunsch. Christian Gräff hat sich inzwischen, meldet die Berliner Morgenpost, bei seinen Fraktionskollegen entschuldigt. Er gibt den Zerknirschten, nimmt aber vermutlich innerlich keinen Deut von dem zurück, was er vermitteln wollte.

Wer in der Stadt unterwegs ist und die öffentlichen Verkehrsmittel nutzt, wird nicht bestreiten, auf viele Menschen zu treffen. Berlin ist voll. Zu voll? Der Tagesspiegel rechnet heute vor: „De facto wächst Berlin noch, aber langsamer. Die Einwohnerzahl stieg im vergangenen Jahr um rund 29.400 auf rund 3,64 Millionen – deutlich weniger als in den Jahren zuvor. Der Zuzug aus dem Ausland hat nachgelassen. Berliner selbst ziehen zunehmend nach Brandenburg. Vielleicht auch, weil es ihnen in der Stadt zu viel wird?“ Bislang sprach der Senat immer von 40.000 Zuzügen pro Jahr nach Berlin.

Lassen sich die rund 10.000 weniger durch fehlende Kitaplätze, Probleme an den Schulen und in den Ämtern, vor allem aber vom mangelnden Wohnraum wirklich abschrecken? Natürlich ist die Berliner Verwaltung durch Zuzüge und Bauvorhaben überlastet. Lange Wartezeiten auf den Ämtern, nur schleppend bearbeitete Anträge für Baugenehmigungen, all das macht Berlin nicht attraktiver. Ist die Berliner Verwaltung überfordert? „Dabei hält der Stellenaufwuchs in Haupt- und Bezirksverwaltungen mit dem Zuzug in die Stadt durchaus mit. Von Ende 2015 auf Juni 2019 stieg die Zahl der Vollzeitstellen in den Bezirken um mehr als 2.000 auf 22.240. In den Landesbehörden kamen mehr als 5.000 Stellen hinzu. Aktuell arbeiten in den Berliner Verwaltungen knapp 120.000 Menschen.“, schreibt der Tagesspiegel.

Immer wieder erhalten wir Pressemitteilungen, dass bestimmte Ämter vorübergehend für die Öffentlichkeit geschlossen werden, weil die Mitarbeiter den angestauten Aktenberg erst einmal abarbeiten müssen. Da käme doch der Vorstoß von Christian Gräff gerade richtig. Berlin für eine gewisse Zeit zu schließen, bis die notwendige Infrastruktur geschaffen wurde. Die Idee der Linken, die Tourismuswerbung für Berlin zu kürzen, ist allerdings an Dummheit nicht zu überbieten, denn der Tourismus ist eine der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in einer Stadt, in der es kaum Industrie gibt. Das Schild „Vorübergehend geschlossen“ wird es an der Stadtgrenze nicht geben,

nicht in einem freien Europa. Deshalb muss beides parallel laufen, Zuzug und Ausbau der Infrastruktur. Das Berlin-Bashing in den regionalen und überregionalen Medien und in Kabarettssendungen aus Hamburg und Köln zeigt ohnehin seine Wirkung. Der Zuzug wird sich von selbst regeln. Und denjenigen Abenteurern, die sich trotzdem auf dem Weg machen wollen, hat Christian Gräff auf die Eintrittskarte die unauslöschlichen Worte geschrieben: „Macht euch keine falschen Erwartungen. Wir haben die Infrastruktur nicht. Ihr könnt hier nicht herziehen.“

Der CDU-Landesvorsitzender **Kai Wegner** nutze die Äußerungen von Christian Gräff für ein programmatisches Statement. „*Ein neuer Aufbruch für Berlin statt rot-grünem Stillstand oder Zuzugsstopp.*“ Ein paar Auszüge: „*Berlin war, ist und bleibt eine Stadt des Wandels. Berlin ist die Stadt, in der Innovationen geboren und Industriegeschichte geschrieben wurde. In Berlin wurden Familien in Ost und West getrennt, und hier wurde diese Teilung auch wieder überwunden. Berlin ist die Stadt der Freiheit, die Stadt, die für Aufbruch steht, für Gestaltungskraft und Gestaltungswillen. Berlins Stärke war schon immer der Aufbruch für ein gemeinsames Ziel.*“

Es reicht nicht, vom Sehnsuchtsort Berlin zu sprechen, aber den Menschen, die hier leben, nicht die Angst vor dem Neuen, dem Zuzug zu nehmen. Diesem Senat fehlt von Anfang an der Leitfaden für die ganze Stadt.

Die CDU Berlin möchte mit den Berlinerinnen und Berlinern an einem neuen Aufbruch für Berlin arbeiten. Wir wollen eine Vision von einem wachsenden Berlin entwickeln, in der sich alle Berlinerinnen und Berliner wiederfinden. Die CDU Berlin glaubt daran, dass der Zuzug gestaltbar und eine Chance für unsere Stadt ist. Daher ist die Forderung nach einem Zuzugsstopp für Berlin eine Einzelmeinung innerhalb der breiten Volkspartei CDU.“

Und auch Generalsekretär **Stefan Evers** äußerte sich: „*Abschottung hat in der Geschichte der Menschheit noch nie Probleme gelöst. Deshalb wird Abschottung auch nie das politische Rezept der CDU sein. Wir wollen keinen Zuzugsstopp für Berlin, wir stehen für eine Ideenoffensive! Das Wachstum unserer Stadt stellt die Politik vor enorme Herausforderungen. Der Senat scheitert krachend daran, diese Aufgabe mit Mut, Tatkraft und Weitblick anzupacken. Die CDU ist die Partei der Freiheit, der wirtschaftlichen Vernunft und des sozialen Ausgleichs. Auf dieser Basis wollen und werden wir das Wachstum zum Wohle aller Berlinerinnen und Berliner gestalten.*“ Wenn das doch bloß einmal die Zielgruppe annehmen würde. Bislang kommt die CDU in den Umfragen über 16 Prozent nicht hinaus.

„Die Stadt der Freiheit schottet sich längst ab.“, schreibt Tagesspiegel-Chefredakteur **Lorenz Maroldt** in einem Kommentar. Die Freiheit in Berlin werde „*Stück für Stück dekonstruiert, durch Handeln und durch Unterlassen.*“ „Weltoffenheit“ und „Innovationsfreudigkeit“ der Stadt feierten Rot-Rot-Grün in ihrem Koalitionsvertrag. „*Doch die alltägliche Politik offenbart immer offener Abschottung und Strukturkonservatismus.*“, meint Maroldt.

„*Die Linke beschwört eine diffuse Gemeinschaft politischer Ureinwohner unter dem Motto ‚Wir holen uns die Stadt zurück‘. Die Grünen wollen ‚Orte für die Locals zurückerobern‘. Und die von der SPD seit Jahrzehnten mitverschuldete Bildungsmisere schreckt potenzielle Neuberliner ohnehin ab. Der Zuzug? Ist bereits eingeschränkt, da wirkt der Wohnungsmangel, es kommen weniger Leute als erwartet in die Stadt. Gut ist das allenfalls für diejenigen, die schon da sind.*“, schreibt der Chefredakteur.

„*Wir verstehen Zuwanderung als Bereicherung*“, heißt es im Koalitionsvertrag – aber was versteht der Senat unter Zuwanderung?, fragt Maroldt. „*Woher müssen Zuwanderer kommen, um willkommen zu sein, was dürfen sie verdienen oder ausgeben, was müssen sie tun oder lassen? Antworten auf diese Fragen gefährden die Freiheit.*“, befürchtet Lorenz Maroldt.

„*Unter Rot-Rot-Grün ist Berlin sich selbst genug, Wachstum wird als Bedrohung empfunden.*“, behauptet Maroldt. Das sei „*fatal für eine Stadt, die seit jeher vom Zuzug und damit vom Wandel lebt.*“ „*Der Grad an Weltoffenheit Berlins wird nicht am Görli vermessen, sondern beim ‚Schwaben-Bashing‘. Berlins Freiheit, sie braucht Möglichkeiten, Platz, Mut und einen Rahmen. Was sie nicht braucht: Grenzen. Und Politiker, die vor ihrer eigenen Stadt warnen.*“

Der Görli schreckt vermutlich mehr Interessenten, die nach Berlin ziehen wollen, ab, als das „Schwaben-Bashing“. Die rund 70.000 Schwaben fallen kaum auf und die Frage ist, von wem sie gebasht werden. Nur noch 47 Prozent der in Berlin lebenden Menschen sind hier geboren worden. Der überwiegende Teil sind ohnehin Zuzügler.

Es gilt zwar längst nicht mehr als Ausrede, aber als Grund für bestimmte Probleme kann man im 30sten Jahr des Mauerfalls mal wieder daran erinnern, dass Berlin seit 1990 einen immensen Strukturwandel verkraften musste. Zwei Stadthälften aus gegensätzlichen politischen Systemen mussten zusammengeführt werden. Keine andere Stadt weltweit hat so ein Projekt bewältigen müssen. Und gemessen daran, stehen wir heute recht gut da. Die Frage aber bleibt: Wie sieht die Stadt wohl morgen aus?

Ed Koch